



Pressemitteilung

Berlin, 22. September 2017
Seite 1 von 1

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

INTERNET www.bmwi.de

Pressestelle

TEL +49 30 18615 6121 und 6131

FAX +49 30 18615 7020

E-MAIL pressestelle@bmwi.bund.de



Zypries: Startschuss für bundesweite Notruf-App ist wichtiger Schritt zu mehr Sicherheit und Digitalisierung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) fördert im Rahmen seiner Strategie „Intelligente Vernetzung“ die Entwicklung einer Notruf-App. Im Laufe der nächsten sieben Monate wird der Prototyp zudem modellhaft mit ausgewählten Leitstellen erprobt.

Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries: „Das Notrufsystem in Deutschland zählt zu den besten der Welt. Das soll auch in Zeiten der Digitalisierung so bleiben. Bislang kann man einen Notruf ausschließlich über die Notrufnummern 110 und 112 absetzen. In Zeiten von Smartphones und Apps ist das nicht mehr zeitgemäß. Daher setze ich mich dafür ein, den Notruf weiterzuentwickeln und auch mobile Endgeräte einzubinden. Mit einer Notruf-App, über die man bundesweit jederzeit und auch ohne zu sprechen einen Notruf absenden kann, nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung und schaffen mehr Sicherheit für alle.“

Der direkte Kontakt zwischen Notrufendem und Leitstelle ist ein zentrales Qualitätsmerkmal des deutschen Notrufsystems. Denn jeder Zwischenschritt kostet Zeit. Das Ziel der Förderung ist daher eine App, die den Notruf direkt vom Smartphone in die örtlich zuständige Leitstelle von Polizei und Feuerwehr sendet. Die Kommunikation mit der Leitstelle erfolgt anhand eines textbasierten Chatsystems. So kann z.B. auch dann schnell und unauffällig Hilfe organisiert werden, wenn man mit einem Sprachanruf unerwünschte Aufmerksamkeit erregen und sich selbst in Gefahr bringen würde.

Die App soll für alle gängigen Smartphone-Plattformen verfügbar und in jeder Leitstelle Deutschlands einsetzbar sein. Das BMWi entwickelt und erprobt die Notruf-App gemeinsam mit den betroffenen Ressorts, den Ländern, Vertretern der kommunalen Spitzenverbänden und anderen betroffenen Organisationen.